

Wohin steuert Frankreich?

Henrik Uterwedde

Im Mai 2017 wählt Frankreich einen neuen Präsidenten. Ein Jahr davor präsentiert sich das Land in einem krisenhaften Zustand, der sich in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft gleichermaßen zeigt.¹ Anders als in Deutschland hat die Wirtschaft seit der weltweiten Krise 2008/09 nicht mehr in die Spur gefunden, ihre Wachstumsdynamik verloren und an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Auch in der Politik verweisen die wachsende Politikverdrossenheit, die Abkehr der Wähler vom Präsidenten und seiner Partei und der Aufstieg des extremen Front national auf tiefer gehende Schwächen der etablierten Parteien. Die gesellschaftliche Misere greift weit über soziale Krisensymptome wie Massenarbeitslosigkeit, Armutsgefährdung und Abstiegsängste hinaus. Es handelt sich um eine manifeste Orientierungskrise. Das Wirtschafts- und Sozialmodell, das nach 1945 Frankreichs rasante Modernisierung und den Weg in die Wohlstandsgesellschaft bewirkt hat, ist auf vielfältige Weise überholt, ja teilweise obsolet geworden und muss erneuert werden. Dennoch wird es von vielen Gruppen krampfhaft gegen ver-

meintliche äußere (Globalisierung, EU) und innere Feinde (Unternehmer, Reformpolitiker) verteidigt. In einer „Gesellschaft des Misstrauens“² – der Bürger gegenüber Parteien und Institutionen, aber auch der Politik gegenüber den Unternehmen, Verbänden und der Zivilgesellschaft – und der ideologischen Polarisierung stoßen Ansätze einer kooperativen Reformpolitik oder Krisenbewältigung immer wieder an enge Grenzen.

Wir haben es also gleichzeitig mit einer Wachstums-, einer Sozial- und einer Vertrauenskrise zu tun, aus der es momentan keinen überzeugenden und raschen Ausweg zu geben scheint. Entsprechend hoch ist der – ohnehin sehr stark ausgeprägte – Pessimismus der Franzosen.³

Der folgende Beitrag will die vielfältigen wirtschaftlich-sozialen Probleme beleuchten und auf die Antworten von Regierung und Parteien eingehen. Dabei ergibt sich ein Bild, in dem Krisen und Reformblockaden dominieren, das aber auch Reformansätze und die Bereitschaft zur Veränderung enthält.



Prof. Dr. Henrik Uterwedde
Deutsch-Französisches Institut
Ludwigsburg

Strukturprobleme der Wirtschaft

Frankreichs Wirtschaft ist die zweitstärkste in Europa und verfügt über eine Reihe von Stärken und Potenzialen. Dazu zählen die ausgezeichneten öffentlichen Infrastrukturen (Verkehr, Kommunikation, Energie, Datennetze, öffentliche Daseinsvorsorge, Forschungseinrichtungen) ebenso wie starke Wettbewerbspositionen in zahlreichen Branchen (z.B. Luft- und Raumfahrt, Energie, Straßen- und Schienenfahrzeuge, Rüstungs- und Luxusgüter, kommunale Dienstleistungen, Hoch- und Tiefbau) mit entsprechend weltweit erfolgreichen Großunternehmen oder die dynamische Bevölkerungsentwicklung.⁴ Allerdings hat sich die wirtschaftliche Dynamik und Leistungsfähigkeit seit 2000 allmählich, aber stetig verschlechtert. Damit sind die strukturellen Probleme in den Vordergrund gerückt, die im französischen Wirtschafts- und Sozialmodell bzw. seiner Funktionsweise liegen. Dieses Modell bedarf dringend einer Erneuerung, weil wesentliche Elemente in einer veränderten Welt nicht mehr funktionieren.⁵

Ein erster Problemkreis betrifft die Rolle des Staates im Wirtschaftsleben. Trotz zahlreicher, grundlegender Umbrüche seit den 1980er Jahren – Liberalisierungen, Privatisierungen, Strukturanpassungen im Zuge der europäischen Integration und der Globalisierung – bleibt die Wirtschaftsordnung Frankreichs weiter von einer umfassenden Präsenz des Zentralstaates geprägt. Dies schlägt sich in einem stark ausgebauten öffentlichen Sektor und einer Staatsquote nieder, die mit 57% die höchste in Europa ist.⁶ Allerdings hat dies auch zu Bürokratisierung und mangelnder Effizienz der Verwaltungsstrukturen geführt, so dass die erbrachten Leistungen bei weitem nicht dem hohen Mitteleinsatz entsprechen. Dazu kommen wachsende Finanzierungsprobleme.

Das weitgehend keynesianisch geprägte Wachstumsmodell stellt ein weiteres Problem dar. Die Wirtschaftspolitik hat traditionell und insbesondere seit den 1990er Jahren auf die Dynamik der Binnennachfrage als hauptsächlichen Wachstumsmotor gesetzt. Diese Politik war teuer und hat die Schulden in die Höhe getrieben. Vor allem aber hat ihre Wirksamkeit dramatisch nachgelassen, weil die französischen Unternehmen immer weniger in der

Lage waren, auf Nachfragesteigerungen mit einem entsprechenden Angebot zu reagieren. Heute hat Frankreich in erster Linie kein Nachfrage-, sondern ein Angebotsproblem. Die französischen Unternehmen leiden unter dem Preiskampf im weltweiten Wettbewerb, auch weil ihre Lohnkosten höher sind als die der wichtigen Konkurrenten. Die Steuer- und Abgabenbelastung der französischen Unternehmen ist doppelt so hoch und ihr Gewinn nur halb so hoch wie bei deutschen Firmen. Das bremst notwendige Investitionen, vor allem in Forschung und Entwicklung, um sich stärker auf hochwertige Produkte auszurichten und damit die qualitative Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Auch die starre Arbeitsmarktregulierung ist ein Schwachpunkt. Sie führt dazu, dass mehr als 80% der Neueinstellungen über prekäre Arbeitsverträge erfolgen, deren Dauer meist nur auf wenige Monate befristet ist. Dazu kommen ungünstige regulatorische Rahmenbedingungen, die gerade mittelständische Unternehmen beeinträchtigen, z.B. indem sich ihre Belastungen bei Erreichen bestimmter Schwellenwerte (etwa einer Beschäftigtenzahl ab 50) schlagartig erhöhen. Die Mängel des Ausbildungssystems, wie die nur schwach entwickelte duale Lehrlingsausbildung, sind weitgehend verantwortlich für die seit Jahrzehnten hohe Jugendarbeitslosigkeit, weil sie den jungen Menschen den Übergang zwischen Schule und Berufsleben stark erschweren.⁷

Ein schwieriger Reformkurs

Der Reformbedarf, der sich aus diesen Befunden ergibt, liegt auf der Hand und ist in den vergangenen Jahren vielfach durch Sachverständigenberichte untermauert worden.⁸ Dagegen formierten sich allerdings immer wieder politische wie soziale Widerstände, die auch ideologisch aufgeladen waren und Veränderungen im Namen der „Verteidigung des französischen Sozialmodells“ strikt ablehnten. Symptomatisch für diese aufgeladene Stimmung ist die Kontroverse um die Reformpolitik Gerhard Schröders in Deutschland.

Denn die Lage Frankreichs ist durchaus mit derjenigen in Deutschland vor den Schröder-Reformen der „Agenda 2010“ vergleichbar, als die Wirtschaft stagnierte und die

Arbeitslosigkeit über 10% betrug. Vor dem Hintergrund der ab 2005 wiedergewonnenen Dynamik der deutschen Wirtschaft lag deshalb die Frage nahe, ob sich Frankreich an der deutschen Reformpolitik orientieren sollte. Darüber entspann sich eine erbitterte, oft polemische Debatte über den Charakter der Reformen Schröders: Waren sie für den Wiederaufschwung der deutschen Wirtschaft verantwortlich, und sind sie insofern ein Vorbild für die französische Politik? Manche Experten, vor allem liberaler bzw. sozialliberaler Tendenz, sehen das so. Für sie muss Frankreich endlich eine Reihe von notwendigen, aber unbequemen und deshalb jahrelang blockierten Strukturreformen in Angriff nehmen.⁹ Die Luftlosigkeit in der öffentlichen Debatte, insbesondere im linken politischen Spektrum, hat aber die Gegenposition, die an den Schröder-Reformen kein gutes Haar lässt, weil sie Ausdruck einer neoliberalen, antisozialen Politik sei, die Frankreich um jeden Preis vermeiden müsse. Symptomatisch für diesen Standpunkt ist das 2013 erschienene Buch des Chefredakteurs des linken Wirtschaftsmagazins *Alternatives économiques*, Guillaume Duval, mit dem Titel „Made in Germany. Das deutsche Modell jenseits der Mythen“, das einen großen öffentlichen Widerhall fand.¹⁰ Generell ist in der politischen Debatte ein – oft aggressiver – ökonomischer Antiliberalismus populär; er kann an das republikanische Leitbild Frankreichs anknüpfen, der den – demokratisch legitimierten und das Gemeinwohl verkörpernden – Staat eindeutig über der Wirtschaft und der Gesellschaft ansiedelt, die nur Partikularinteressen darstellen.¹¹

Angesichts dieser Stimmungslage mangelte es den Regierenden oft am politischen Willen und am Mut, die notwendigen Reformen anzugehen. Nachdem der konservative, selbsternannte Radikalreformer Nicolas Sarkozy (Präsident von 2007-2012) trotz einiger Reformansätze Schiffbruch erlitten hatte, ging es seinem sozialistischen Nachfolger François Hollande nicht besser. Bei seinem Amtsantritt im Mai 2012 war Hollande, der sich im Wahlkampf als „Feind der Finanzwelt“ und Protagonist einer linken Verteilungs- und Beschäftigungspolitik stilisiert hatte, schlecht vorbereitet auf das ganze Ausmaß der Krise und des dringenden Handlungsbedarfs. Schon bald sah er sich zu einem Kurswechsel genötigt, der auf

das Gegenteil dessen hinauslief, was die linke Wählerschaft von ihrem Präsidenten erwartet hatte. So entstand eine angebotspolitische Reformagenda, die vor allem die Rahmenbedingungen für die Unternehmen verbessern sollte. Die seit 2013 eingeleiteten Maßnahmen sind trotz mancher Halbherzigkeiten beachtlich: Entlastungen der Unternehmen von Steuern und Abgaben in Höhe von 40 Mrd. Euro, Lockerungen des Kündigungsschutzes, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Abbau bürokratischer Hürden vor allem für mittelständische Unternehmen, Forschungs- und Innovationsförderung, Liberalisierung einiger Wirtschaftsbereiche (z.B. Bus-Fernverkehr), Sparmaßnahmen im Sozialstaat, Abbau der öffentlichen Defizite durch Ausgabenreduzierung, Stärkung der Sozialpartner und ihrer Fähigkeit zu konstruktiven Verhandlungen.¹²

Ist eine solche Politik der graduellen Reformen geeignet, die französische Wirtschaft wieder in die Spur zu bringen? Wie immer streiten sich Experten darum, ob das Glas halb voll oder halb leer ist. Aber der eingeschlagene Kurs geht in die richtige Richtung; der Verzicht auf radikale Maßnahmen zugunsten schrittweiser Veränderungen ist angesichts vieler Widerstände nachvollziehbar. Wichtiger ist, dass der Kurs klar kommuniziert und auch beständig durchgehalten wird, um neues Vertrauen zu schaffen und die Unternehmen zu neuen Investitionen zu veranlassen.¹³

Genau daran bestehen allerdings erhebliche Zweifel. Die Reformimpulse, vom zaudernden Präsidenten nur wenig kraftvoll begründet, trafen auf heftigen Widerstand der Gewerkschaften, linker Konkurrenzparteien, aber auch innerhalb der Sozialistischen Partei. Von Anfang an bekämpften führende sozialistische Regierungspolitiker wie Wirtschaftsminister Arnaud Montebourg den Kurs offen als Irrtum oder, schlimmer, als Verrat an linken Grundwerten. Von der konservativen, im Freund-Feind-Denken verharrenden Opposition konnte Hollande ohnehin keinerlei Unterstützung erwarten, auch wenn seine Reformen deren Forderungen entgegenkamen. Der Präsident hat im März 2014 durch eine Umbildung der Regierung und die Ernennung des entschiedenen Reformpolitikers Manuel Valls zum Premierminister (Wirtschaftsminister wurde der umtriebige, vor Tabubrüchen der Linken nicht zurückschreckende Reformier Emmanuel Macron)

seinen Kurs der Erneuerung unterstrichen. Aber er stößt dabei bei führenden Sozialisten auf eine immer unverhohlene Ablehnung, was immer wieder Zweifel an der Nachhaltigkeit der Reformpolitik genährt hat. Hollandes Problem ist zudem, dass die strukturellen Reformen Zeit brauchen, um ihre Wirkungen zu entfalten.

Eine abgehobene politische Klasse

So hat sich in der Öffentlichkeit das Bild einer mut- und hilflosen, an den Problemen scheiternden Politik verfestigt, die die tatsächlichen Reformimpulse weitgehend ausblendet. Die Umfragewerte des Präsidenten sind in den Keller gesunken; noch nie war ein Präsident derart unpopulär. Die Sozialisten mussten bei den Kommunal- und Regionalwahlen herbe Verluste einstecken. Die schrecklichen Anschläge auf die Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* im Januar 2015 und auf offener Straße im November 2015 haben nur kurzzeitig für einen nationalen Schulterschluss gegen den Terrorismus geführt, bevor das Land wieder in seine tiefgreifenden Spaltungen zurückfiel.

Die Linke zerlegt sich zur Zeit in ihre vielfältigen Einzelteile. Die immer stärker geschwächte Sozialistische Partei des Präsidenten sieht sich einem teils hasserfüllten Bruderkrieg seitens der Linksozialisten um Jean-Luc Mélenchon, aber auch der sehr links aufgestellten grünen Partei (EELV) und der (allerdings arg geschrumpften) Kommunisten ausgesetzt. Dazu kommt eine tiefe Kluft innerhalb der Sozialistischen Partei, deren linker Flügel die Politik der Regierung fast ebenso erbittert bekämpft. Ob die Sozialisten, geschweige denn die gesamte Linke, sich im kommenden Jahr auf einen auch nur annähernd aussichtsreichen gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl einigen können, steht derzeit in den Sternen.

Hier rächt sich, dass die Partei ihre Programmatik seit den 1980er Jahren nicht wirklich den veränderten Zeiten angepasst hat und damit die Lücke zwischen linker, unternehmens- und kapitalismuskritischer Programmatik und gemäßigttem Regierungshandeln immer weiter auseinandergeklafft ist. Manche Beobachter bezweifeln, ob die Partei überhaupt noch zu einer Erneuerung fähig ist.¹⁴

Dieses harte, aber zutreffende Urteil gilt nicht nur für die Linksparteien. Generell führt die politische Klasse in Gestalt der Spitzenpolitiker und Parteiapparate längst ein abgehobenes Dasein, das sich von den Wählern und der Basis weitgehend abgekoppelt hat. Auch die demokratische Rechte, allen voran die Partei des früheren Präsidenten Sarkozy, (UMP, kürzlich umbenannt in *Les Républicains*), ist in ihren politischen Machtspielen und -kämpfen ihrer führenden Vertreter verfangen und kaum noch in der Lage, inhaltliche Impulse zu geben. Dazu kommen tiefe Spaltungslinien im politischen Stil, aber auch in Kernfragen der Wirtschaftspolitik (zwischen liberalen, konservativen und offen dirigistisch-protektionistischen Positionen). Diese haben dazu geführt, dass die Konservativen von der Schwäche der Linken nicht wirklich profitieren konnten. Eine Vorwahl unter den konservativen Sympathisanten soll darüber entscheiden, wer bei der Präsidentschaftswahl antreten soll. Dabei konkurriert der frühere Präsident Sarkozy, der auf eine Revanche für seine Niederlage 2012 brennt, mit anderen Parteifreunden, die wie er auf die rechtspopulistische Karte und auf scharfe Polarisierung setzen, aber auch mit gemäßigten Politikern. Die besten Chancen werden derzeit dem früheren Premierminister und aktuellen Bürgermeister von Bordeaux, Alain Juppé, eingeräumt, der einen Kurs der Mitte und eine klare Abgrenzung von der extremen Rechten verfolgt.

Lachender Dritter bleibt die „Nationale Front“ (FN) mit der Vorsitzenden Marine Le Pen, die in den Kommunal- und Regionalwahlen 2014/15 stetig Stimmen hinzugewonnen hat. Sie steht landesweit bei 28%, in einigen Regionen bis zu 40% und konnte 14 Rathäuser, allerdings keine einzige Region erobern. Als einzige Partei, die nie in der Regierungsverantwortung war, kann sie die manifeste Politikverdrossenheit der Wähler ungeniert bedienen und treibt die etablierten Parteien mit ihren ebenso simplen wie populären Forderungen vor sich her. Dabei hilft ihr, dass Marine Le Pen die Partei professionalisiert und ihren Diskurs „modernisiert“ hat.¹⁵

Empörung, Ausgrenzung und Dialogverweigerung, das zeigt das französische Beispiel, helfen längst nicht mehr weiter. Denn offensichtlich spricht der Front National Wählerschichten an, die von den etablierten Parteien

links wie rechts längst nicht mehr erreicht werden. So gibt es schon zu denken, dass der FN die eigentliche Partei der Arbeiter und der kleinen Leute geworden ist: Je niedriger Bildungsstand, Einkommen und soziale Stellung, desto höher der Anteil des Front bei den Wählern: 17% bei Führungskräften, aber 35% bei Handwerkern, 36% bei einfachen Angestellten und 43% bei Arbeitern.¹⁶ Der national-protektionistische, antiliberalen und antieuropäische Kurs des FN ist offenbar für viele Wählerschichten attraktiv geworden.

Die scharfe, oft ideologische Polarisierung des politischen Lebens zwischen Links und Rechts, die einem wahren Freund-Feind-Denken folgt, verschärft die Problematik. Denn hier werden ständig Gegensätze überhöht, während doch die Regierungspraxis der vergangenen Jahrzehnte zeigt, dass die Realität differenzierter ist, als es die Schwarz-Weiß-Gemälde malen. Der durch das Mehrheitswahlrecht zusätzlich beförderte Gegensatz zwischen Regierung und Opposition (dieser ist bereits in der Kommunalpolitik wirksam) verhindert aber die Suche nach Kompromissen, geschweige denn parteiübergreifende Reformkoalitionen. Eine ähnliche Kluft durchzieht die Wirtschafts- und Sozialverbände. Sozialpartnerschaftliche Verhandlungen und Lösungen sind trotz weniger positiver Ansätze bei weitem nicht so präsent wie in Deutschland, weil das Gewerkschaftslager schwach und zersplittert ist und Misstrauen zwischen ihnen und dem Unternehmerlager vorherrscht.

Zwischen Beharrung und Wandel

Trotz allem kann man unter der Oberfläche dieses düsteren Bildes Hoffnungszeichen erkennen. Denn die Oberfläche der alten Rituale und Beschwörungen, der Tabuthemen und des Immobilismus zeigt zunehmend Risse auf, weil ihr Widerspruch zur realen Welt immer offenkundiger wird. Immer stärker setzt sich die Erkenntnis durch, dass ein krampfhaftes Festhalten an überholten Strukturen in die Sackgasse führt und dass das französische Politik-, Wirtschafts- und Sozialmodell der Erneuerung bedarf, um sich auch im 21. Jahrhundert behaupten zu können. Hollandes vorsichtige Reformen haben den Weg für die Erneuerung in Wirtschaft und Gesellschaft geeb-

net. Dies mag zu langsam und zu zaghaft sein, wie gerade hierzulande immer wieder moniert wird. Aber Veränderungen und Strukturreformen können nicht mit der Brechstange erzwungen werden, weder in Frankreich noch in Deutschland.

Auf jeden Fall: Frankreich bewegt sich, allen lautstarken Protesten und Blockaden zum Trotz. Auch auf der Linken und bei den Gewerkschaften gibt es zunehmend Stimmen, die sich sterilen Alternativen – Erhalt des status quo oder neoliberale Radikalreform – verweigern und einen Weg ausgewogener Veränderung und Erneuerung befürworten. Politiker wie Valls und Macron, die die Tabuzonen der Linken durchbrochen haben, mögen in der derzeitigen Sozialistischen Partei in der Minderheit sein; für die Erneuerung der Linken haben sie indessen wichtige Wegmarken gesetzt. Eine solche Neuformierung wird spätestens nach der Präsidentschaftswahl unausweichlich sein – nicht nur auf der Linken. Auch die stärkste, gemäßigte Gewerkschaft CFDT zeigt sich offen für Veränderungen und ist bereit, sozialpartnerschaftliche Aushandlung von Vereinbarungen mit dem Unternehmerlager zu verstärken und auch schwierige Reformen wie im Arbeitsrecht kritisch, aber konstruktiv zu begleiten.

Schließlich die Gesellschaft: Neben allen Abstiegsängsten und Verkrampfungen findet man auch hier, gerade bei jungen Menschen, einen unglaublich starken Unternehmungsgeist und viel Kreativität, was sich in einer hohen Zahl von Unternehmungsgründungen und start-ups niederschlägt. Ein unglaubliches Potenzial, das gegenwärtig durch zahllose bürokratische Überregulierungen in seiner Entwicklung gehemmt wird. Schließlich verfügt die französische Gesellschaft mit ihrer hohen Geburtenrate über eine Dynamik, die sich für die kommenden Jahre als Vorteil auswirken kann.

Kurz: Die Krise, die Frankreichs Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zur Zeit durchläuft und recht schonungslos die brüchig und obsolet gewordenen tradierten Strukturen offenlegt, birgt Risiken, aber auch Chancen des Neuanfangs. Die kommenden Monate und auch die Wahlen 2017 werden zeigen, inwieweit die erneuernden Kräfte sich gegen ideologischen Immobilismus und politische Blockaden durchsetzen können.

Anmerkungen

- 1 Ich danke meinen Kollegen am Deutsch-Französischen Institut, Eileen Keller und Dominik Grillmayer, für ihre kritisch-konstruktiven, immer hilfreichen Bemerkungen.
- 2 Vgl. Yann Algan/Pierre Cahuc: *La société de la méfiance. Comment le modèle social français s'autodétruit*, Paris, Cepremap 2007 (<http://tinyurl.com/jyb92w3>).
- 3 Laut einer Meinungsumfrage zeigten sich zu Beginn des Jahres 2016 58% der Befragten pessimistisch zur Zukunft des Landes (gegenüber 49% im Januar 2015); vier von fünf Befragten hatten kein Vertrauen in die Fähigkeit der Regierung, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die Steuern zu senken oder die Einkommen der Haushalte zu verbessern. Umfrage Ifop/Dimanche Ouest France, 5.-7.1.2016; nach lepoint.fr, 9.1.16 (<http://tinyurl.com/hpwsyx>).
- 4 Vgl. dazu Henrik Uterwedde: Frankreichs Wirtschaft. Potenziale und Herausforderungen, in: *Politische Studien* 447/2013, S. 60-70 (<http://tinyurl.com/znvujso>).
- 5 So Philippe Aghion/Gilbert Cetto/Elie Cohen: *Changer de modèle*, Paris: Odile Jacob 2014.
- 6 Die Staatsquote misst die Summe aller öffentlichen Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt.
- 7 Zusammenfassend zu den Strukturproblemen Henrik Uterwedde: *Zeit für Reformen: Frankreichs Wirtschaft im Wahljahr*, DGAP Analyse 5/2012 (<http://tinyurl.com/hzsuq2k>). Zur Ausbildung Werner Zettelmeier: *Bildungssystem im Wandel*, in: Adolf Kimmel/Henrik Uterwedde (Hrsg.): *Länderbericht Frankreich*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung Bonn 2012, S. 258-277.
- 8 Vgl. z.B. Philippe Aghion u.a., a.a.O. Einen expliziten Vergleich mit Deutschland gibt COE-Rexecode: *Mettre un terme à la divergence de compétitivité entre la France et l'Allemagne*, Paris, 14.1.2011. Auf Deutsch: David Folkerts-Landau: *Macht Hollande den Schröder – und wird es funktionieren?*, in: *Deutsche Bank Research*, Standpunkt, 24.2.2014 (<http://tinyurl.com/je383xu>).
- 9 Vgl. Isabelle Bourgeois: *Vrai ou faux? Focus sur les réformes Hartz*, CIRAC: Cergy-Pontoise, Juli 2013 (<http://tinyurl.com/hfgqf4g>), oder Alain Fabre: *Allemagne: miracle de l'emploi ou désastre social?* Paris: Institut de l'entreprise 2013, S.13.
- 10 Guillaume Duval: *Made in Germany. Le modèle allemand au-delà des mythes*, Paris 2013. Das Buch liegt auch auf Deutsch vor, unter dem etwas missverständlichen Titel: *Modell Deutschland? Nein danke!* Hamburg: VSA 2015. Der Autor wendet sich nicht gegen das deutsche Modell an sich, das er in vielen Bereichen als vorbildlich ansieht (dezentrales Entscheidungssystem; Mitbestimmung; Rolle der Unternehmen, Wertschätzung der Industrie, usw.), sondern konzentriert seine Kritik auf die Politik Schröders.
- 11 Näheres zur Wirkungskraft des Antiliberalismus bietet François Beilecke: *Diskursive Rehabilitierung des republikanischen Modells und Neoliberalismus-Kritik in der französischen Presse seit 1990*, in: *Frankreich-Jahrbuch 1999*, Opladen: Leske und Budrich 1999, S. 97-112.
- 12 Zu den wesentlichen Reformgesetzen vgl. ausführlich Henrik Uterwedde: *Hollandes Wirtschaftspolitik*, in: Richard Rill (Hrsg.): *Frankreich im Umbruch. Innerer Reformdruck und außenpolitische Herausforderungen*. München: Hanns Seidel Stiftung 2015, S. 33-43 (<http://tinyurl.com/j9mlnsj>).
- 13 Vgl. *Etudes économiques de l'OCDE, France*, Paris, März 2015, S. 10. Ähnlich Patrick Artus: *Quelles sont les réformes structurelles les plus urgentes pour redresser la croissance de long terme?* *Natisis, Flash problèmes structurels*, 144, 19.2.2015 (<http://tinyurl.com/zyvwxk7>).
- 14 So der dem Reformflügel angehörende Staatssekretär Jean-Marie Le Guen: „Man muss den Mut haben, es zuzugeben: Durch ihren jahrelangen Immobilismus hat die Sozialistische Partei den Anschluss an das 21. Jahrhundert verpasst. (...) Heute kann man von den verkümmerten Parteiapparaten nicht mehr viel erwarten. Diese sind überholt – in ihrer Ideologie, ihren politischen Reflexen und ihrer Wirkung auf die Gesellschaft.“ Jean-Marie Le Guen: „A gauche, c'est la fin de l'innocence“, *Interview in L'Obs*, Nr. 2675, 17.2.2016, S. 43.
- 15 Vgl. Kim-Yvonne Köhler/Stefan Seiden-dorf/Nils Thieben: *Neuer Kopf, alte Ideen? „Normalisierung“ des Front National unter Marine Le Pen*. *Deutsch-Französisches Institut: Aktuelle Frankreich-Analysen* Nr. 25, Juli 2011.
- 16 Quelle: Ipsos, *Nachwahlumfrage*, 8.1.2015, nach *Le Nouvel Observateur* (<http://tinyurl.com/glosafr>).